

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP**

**Entschließung zur Umsetzung der Beschlüsse der 33. Ostseeparlamentarierkonferenz in Helsingør, Dänemark, vom 25. bis 27. August 2024**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 33. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) am 27. August 2024 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeit zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 33. BSPC sowie dem aktualisierten Ostseeaktionsplan der Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und dessen Umsetzung weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
  - a) dass die schriftlichen Berichte über den nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion durch seine Präsidentin Birgit Hesse als Berichterstatterin der BSPC für nachhaltigen Tourismus, über die Arbeit der Helsinki Kommission durch seine Vizepräsidentin Beate Schlupp als Beobachterin der BSPC bei HELCOM und über die Entwicklungen im Bereich des Klimawandels und der Biodiversität durch den Abgeordneten Philipp da Cunha als Berichterstatter der BSPC für Klimawandel und Biodiversität der Ostseeparlamentarierkonferenz vorgelegt wurden.
  - b) dass die Sitzung der im Jahr 2023 gegründeten BSPC-Arbeitsgruppe für Energiesicherheit und -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern vom 26. bis 28. Mai 2024 in Greifswald durchgeführt wurde.

- c) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement im Rahmen
- der Wahrnehmung der Berichterstattung der BSPC für nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion durch seine Präsidentin Birgit Hesse fortzusetzen,
  - der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM durch seine Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp fortzusetzen,
  - der Wahrnehmung der Berichterstattung der BSPC für Klimawandel und Biodiversität durch den Abgeordneten Philipp da Cunha fortzusetzen.

Der Landtag erkennt die damit verbundene Auszeichnung und Verpflichtung an. Denn Artikel 11 seiner Verfassung verpflichtet das Land zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum. Die Aktivitäten im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz zeigen, dass hoher Einsatz und intensive Arbeit die Interessen des Landes im Ostseeraum voranbringen. Vor diesem Hintergrund wird der Landtag die mit seinem Engagement in der BSPC verbundenen Aufgaben weiterhin wahrnehmen und die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz wie bisher unterstützen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Themenfelder
- a) Zusammenarbeit im Ostseeraum,
  - b) Energieversorgungssicherheit und Vernetzung,
  - c) Verteidigung und
  - d) Klimawandel
- in der Ostseeregion einzusetzen, diese im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen sowie den Landtag entsprechend dem Beschluss des Landtages vom 29. November 2023 zu der Drucksache 8/2816 bis zum 31. März 2025 über die Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge zu unterrichten.

**Julian Barlen und Fraktion**

**Daniel Peters und Fraktion**

**Jeannine Rösler und Fraktion**

**Constanze Oehlich und Fraktion**

**René Domke und Fraktion**

## **Begründung:**

Vom 25. bis 27. August 2024 nahm die Delegation des Landtages Mecklenburg-Vorpommern an der 33. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) in Helsingør, Dänemark, teil. Unter der Leitung der Ersten Vizepräsidentin Beate Schlupp (CDU) vertraten die Abgeordneten Jens-Holger Schneider (AfD), Katy Hoffmeister (CDU), Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Sabine Enseleit (FDP) den Landtag auf der diesjährigen Jahreskonferenz. Die 33. BSPC versammelte rd. 160 Mitglieder nationaler und regionaler Parlamente sowie Staats- und Landesregierungen, Sachverständige und Vertreterinnen und Vertreter der Jugend aus dem gesamten Ostseeraum.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern trägt seit vielen Jahren eine Reihe von Sondermandaten für die Ostseeparlamentarierkonferenz. So hat die Landtagspräsidentin Birgit Hesse in ihrer Funktion als BSPC-Berichterstatlerin für den nachhaltigen Tourismus der 33. Ostseeparlamentarierkonferenz einen schriftlichen Bericht vorgelegt, der einen detaillierten Überblick über den aktuellen Stand und die Zukunftsaussichten des nachhaltigen Tourismus im Ostseeraum bietet. Der Bericht unterstreicht die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen regionalen, nationalen und EU-Akteuren, um die doppelten Ziele der ökologischen Nachhaltigkeit und der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit im Tourismussektor zu erreichen. Im Rahmen dieser strategischen Vision begrüße die BSPC Initiativen, die sowohl die unmittelbaren als auch die langfristigen Herausforderungen des nachhaltigen Tourismus angehen. Dazu gehörten der Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels, die Förderung von Innovationen im Tourismusangebot und die Sicherstellung, dass der Tourismus ein Motor für die sozio-ökonomische Entwicklung in der Region bleibe.

Als Beobachterin der Ostseeparlamentarierkonferenz bei der Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostseeregion (HELCOM) legte die Vizepräsidentin Beate Schlupp der Konferenz einen schriftlichen Bericht über die einschlägigen Prozesse und Entwicklungen bei HELCOM schriftlich vor. Der Bericht setzt einen besonderen Schwerpunkt auf die Ergebnisse der dritten ganzheitlichen HELCOM-Bewertung der Gesundheit des Ökosystems der Ostsee (HOLAS 3) und die Entscheidungen des HELCOM-Ministertreffens vom 25. April 2024 in Riga. Mit Blick auf den anhaltenden schlechten Zustand der Ökosysteme der Ostsee unterstreicht der Bericht die dringenden Forderungen der BSPC, den HELCOM-Ostseeaktionsplan (Baltic Sea Action Plan, BSAP) zügig und konsequent umzusetzen.

Der ehemalige Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität, der Landtagsabgeordnete Philipp da Cunha, übernahm mit der Beendigung des Arbeitsgruppenmandats die Aufgabe als BSPC-Berichterstatler für Klimawandel und Biodiversität. In seinem ersten schriftlichen Bericht, den er in einer Sitzung des Ständigen Ausschusses Anfang November 2024 mündlich vorstellte, analysierte er die Umsetzung der Abschlussempfehlungen der Arbeitsgruppe im Bereich der Eindämmung des Klimawandels und des Schutzes der Artenvielfalt der Ostsee. Der Bericht stellte das starke Engagement der BSPC-Regierungen für internationale Klima- und Biodiversitätsschutzziele in Übereinstimmung mit dem aktualisierten Ostseeaktionsplan der HELCOM fest. Zudem herrsche unter den Staaten und Regionen der BSPC Konsens über die Notwendigkeit eines Überganges zu kohlenstoffarmen Energiesystemen, einer Verringerung der Bodendegradation und einer Verbesserung der Nährstoffbewirtschaftung zur Bekämpfung von Eutrophierung und zum Schutz der Artenvielfalt.

Im Mittelpunkt der 33. Ostseeparlamentarierkonferenz stand die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution mit Forderungen und Empfehlungen an die nationalen und regionalen Regierungen und internationalen Organisationen in der Ostseeregion. Die Resolution spiegelte einen Konsens der Ostseeabgeordneten in Schlüsselbereichen der gemeinsamen Verteidigung und maritimen Sicherheit, der Energieversorgungssicherheit und der Eindämmung des Klimawandels wider. In den zwei Konferenztagen vor der Verabschiedung der EntschlieÙung wurden diese Themen intensiv behandelt und in aufschlussreichen Gesprächen mit Sachverständigen vertieft.

Die Delegierten wurden am ersten Konferenztag vom König Frederik X von Dänemark im historischen Schloss Kronborg empfangen. König Frederik X hob die Bedeutung der Ostseekooperation für Dänemark und die gesamte Region hervor. Er betonte die Notwendigkeit von gemeinsamen und kollektiven Handlungen und Maßnahmen, um die vielfältigen Krisen unserer Zeit zu bewältigen. In diesem Zusammenhang würdigte er die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz, die seit mehr als drei Dekaden als wichtiges Forum für regionale parlamentarische Kommunikation und Annäherung von politischen Positionen im Ostseeraum diene.

Die 33. Jahreskonferenz der BSPC mündete in die einstimmige Annahme einer gemeinsamen Resolution. Die KonferenzentschlieÙung beinhaltet 48 Vorschläge und Forderungen an die Ostseeregierungen zur Stärkung der Zusammenarbeit im Ostseeraum, zur Verbesserung der Sicherheit und Unabhängigkeit von Energieversorgung, zum Ausbau digitaler Vernetzung, zur Förderung von grenzüberschreitenden Projekten, zur Aufwertung der gemeinsamen Verteidigung sowie zur Eindämmung des Klimawandels.

Die wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkte der EntschlieÙung beziehen sich im Hinblick auf die Zusammenarbeit im Ostseeraum auf die Stärkung der demokratischen Resilienz und des bürgerschaftlichen Engagements, die Förderung der friedvollen Zusammenarbeit, die Fokussierung auf soziale Nachhaltigkeit, den Schutz von vulnerablen Gruppen sowie der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung, die Unterstützung der Ukraine, die Bekämpfung von Desinformation, die Förderung der regionalen digitalen Zusammenarbeit, die Ausweitung der Meeresschutzgebiete (MPA), die Förderung von Initiativen für eine nachhaltige blaue Wirtschaft sowie die Unterstützung der Nachhaltigkeit im Seeverkehr, die Verbesserung der Sicherheit und Infrastruktur von Häfen sowie die Abwehr von Bedrohungen durch die russische „Schattenflotte“. Ein weiterer Aspekt ist die Fortsetzung gemeinsamer Bemühungen zur Lösung des Problems im Meer versenkter Munition.

In Bezug auf die Energieversorgungssicherheit und Vernetzung übernahm die Jahreskonferenz die Empfehlungen der neu gegründeten BSPC-Arbeitsgruppe für Energiesicherheit und -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität und schlug eine Reihe von Maßnahmen vor, die von der Verbesserung des Verkehrs, der Sicherheit und Unabhängigkeit der Energieversorgung, dem Ausbau digitaler Vernetzung bis hin zur Förderung grenzüberschreitender Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien reichen.

Im Hinblick auf die Verteidigung empfiehlt die Resolution eine bessere Koordinierung des Vorgehens gegen Bedrohungen, die Verwirklichung eines integrierten NATO-Verteidigungsraumes und die Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz. Des Weiteren solle die Verwaltung der maritimen Infrastruktur verbessert werden. Diesbezüglich schlägt die Resolution die Förderung von modernen Überwachungs- und Früherkennungssystemen und öffentlich-privaten Partnerschaften für die maritime Sicherheit sowie die Entwicklung von regionalen Notfall- und Sofortinstandsetzungskapazitäten vor.

Hinsichtlich des Klimawandels fordert die Resolution, die einschlägigen Empfehlungen des HELCOM-Factsheets zum Klimawandel und des Ostseeaktionsplans umzusetzen, den Ausbau erneuerbaren Energien zu fördern, Küstenbewirtschaftungspläne zu entwickeln und die weitreichenden Handlungsempfehlungen der Entschließung der 32. BSPC umzusetzen.

### **Ablauf der 33. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2024 in Helsingør, Dänemark**

#### **Eröffnung der Jahreskonferenz**

Die Konferenz wurde durch den Vorsitzenden des Folketinget, Søren Gade, eröffnet, der eingangs auf die historische strategische Bedeutung der Stadt Helsingør hinwies. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine sei ein Wendepunkt für die BSPC und für die gesamte Ostseeregion gewesen. Er verstoße gegen alle Prinzipien der regelbasierten internationalen Ordnung. Die Ukraine kämpfe bereits seit zweieinhalb Jahren für ihre Freiheit und Demokratie. Doch der Kampf der Ukraine betreffe ganz Europa. Es sei wichtig, dass die Nachbarländer enger zusammenarbeiten. Finnland und Schweden seien in Reaktion auf den Krieg Mitglieder der NATO geworden, was das Bündnis stärker machen werde. Die vermehrten hybriden Angriffe Russlands auf die kritische Infrastruktur der Ostseestaaten zielten darauf ab, Unsicherheit in der Bevölkerung zu schaffen. Die Ostseeregion sei eine Schlüsselregion in Europa. Angesichts der aktuellen Herausforderungen in Bezug auf Klimawandel, Demokratie und Sicherheit sei es besonders wichtig, auf der regionalen Ebene Ideen auszutauschen und voneinander zu lernen.

Anschließend berichtete der BSPC-Präsident, Henrik Møller, über die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz während des dänischen Vorsitzes. Henrik Møller unterstrich, dass die BSPC-Jahreskonferenz eine Fortsetzung der langen Tradition der regionalen Zusammenarbeit für das Wohlergehen der demokratischen Ostseeregion darstelle. In einer komplexen Landschaft habe die BSPC Herausforderungen und Chancen gemeistert und einen notwendigen Dialog – unter einander und mit anderen Parlamenten und parlamentarischen Organisationen – geführt. Insbesondere hob er die Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten in Europa mit wichtigen Gesprächen, vor allem mit dem Präsidenten des ukrainischen Parlaments, hervor. Zudem habe die BSPC an einem Treffen mit den Beneluxstaaten teilgenommen, um das aktuelle Thema der Hafensicherheit zu besprechen. Es seien Fortschritte in den Bereichen Umweltschutz, Energiesicherheit und regionale Verteidigungszusammenarbeit erzielt worden. Dies zeige, dass die demokratische Ostseeregion bei der Bewältigung einiger der dringendsten Probleme der aktuellen Zeit eine Vorreiterrolle einnehmen könne. Die Konferenzresolution zeige einen Konsens in wichtigen politischen Bereichen der Energiesicherheit, der Verteidigung und des Klimaschutzes.

**Erster Sitzungsabschnitt: Verteidigungspolitische Zusammenarbeit**

Angesichts steigender hybrider Bedrohungen bedürfe es einer besseren Koordinierung in Verteidigungsfragen zwischen den Ostseestaaten, innerhalb der EU und zwischen der EU und NATO, darin waren sich die Konferenzteilnehmenden einig. So rief Pekka Haavisto, ehemaliger finnischer Außenminister, zur Harmonisierung und Standardisierung in Verteidigungsangelegenheiten auf und zeigte sich enttäuscht über die bisherigen gesamteuropäischen Sicherheitsmaßnahmen in Reaktion auf den durch Russland geführten Krieg gegen die Ukraine. Gleichwohl müssten die Entscheidungsträgerinnen und -träger die gesellschaftliche Bereitschaft beachten, höhere Militärausgaben zu akzeptieren. Daher sei eine offene und sachliche Debatte über die notwendigen Kosten und Kürzungen in anderen Bereichen unumgänglich. Die Überwachung des Seeverkehrs sei angesichts der Vorfälle bei Nord Stream und Balticconnector von entscheidender Bedeutung. Hinzu kämen Fragen der Munitionsaltlasten, der Umweltgefahren durch die sogenannte „Schattenflotte“ Russlands, des Klimawandels und der Integration neuer Technologien. Die Ostseestaaten hätten viele gemeinsame Aufgaben und sollten diese zusammen adressieren, so Pekka Haavisto.

Europa müsse sich auf einen dauerhaften Krieg und die damit verbundenen Kosten einstellen, betonte der polnische Abgeordnete Jarosław Wałęsa. Mit der demokratischen Unterstützung könne die Ukraine standhalten. Politikerinnen und Politiker müssten lernen, diese Botschaft an ihre jeweiligen Gesellschaften weiterzugeben. Hinzu komme die Intensivierung von Sabotageakten, hybriden Bedrohungen und die Instrumentalisierung von Migrationsbewegungen seitens Russlands, die darauf abzielten, die gesamte Region zu destabilisieren und eine neue Sicherheitsarchitektur auf Kosten Europas aufzubauen. Die NATO sei ein Militärbündnis, welches auf Prinzipien und Werten beruhe, daher sollten gemeinsame Lösungen für praktische Herausforderungen auf Basis ebendieser Werte der Demokratie und Achtung des Völkerrechts gefunden werden. Die kommenden Monate würden entscheidend sein, auch mit Blick auf die innergesellschaftliche Unterstützung der notwendigen Verteidigungsausgaben. Dennoch sei es dringend notwendig, Entscheidungen bezüglich Waffen- und Munitionslieferungen sowie deren Produktion zu treffen. Die Souveränität der Ukraine sei eine Voraussetzung für Frieden, denn die Ukraine kämpfe für ganz Europa, unterstrich Jarosław Wałęsa.

Auch Flemming Splidsboel vom Dänischen Institut für Internationale Studien (Danish Institute for International Studies, DIIS) warnte davor, dass der Krieg noch lange andauern werde. Falls keine neuen Lösungen gefunden werden würden, werde Europa akzeptieren müssen, dass die Ukraine verlieren könnte. Der Krieg sei für Russland zu einem *raison d'être* geworden; die russische Gesellschaft habe sich radikalisiert und sei auf den Konflikt mit dem Westen stark fokussiert. Dies habe wichtige Konsequenzen für die gesamte Ostseeregion und für jeden einzelnen Staat. Die hybride Kriegsführung definierte Flemming Splidsboel als eine bewusste Einsetzung von militärischen und nicht militärischen Mitteln. Russland nutze die Schwächen des Westens sowohl im physischen als auch im kognitiven Bereich sowie im Cyberspace aus. Die EU habe mehrere effektive Standards gegen hybride Bedrohungen und Angriffe aufgestellt, während die NATO über wirksame Mechanismen zur Abwehr von militärischen Angriffen verfüge. Zum Schluss beteuerte Flemming Splidsboel, dass alle Imperien irgendwann zusammenbrechen; auch Russland werde zusammenbrechen – mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Stabilität der gesamten Region.

## Empfehlungen des Jugendforums

Auch im Jahr 2024 fand im Vorfeld der Jahreskonferenz das Ostseejugendforum (Baltic Sea Parliamentary Youth Forum, BSPYF) statt, das 25 Jugendliche und junge Erwachsene aus BSPPC-Mitgliedstaaten und -regionen versammelte. Durchgeführt in Kooperation mit dem Ostseerat (Council of the Baltic Sea States, CBSS) und der dänischen Delegation für die BSPPC, zielte das Jugendforum darauf ab, den Ostseeparlamentarierinnen und -parlamentariern Empfehlungen für die Resolution der kommenden BSPPC vorzuschlagen. Nagham Wajdi Jaghoub aus Norwegen sowie Justina Jemeljanovaitė und Sarah Vestergaard aus Dänemark stellten insgesamt sechs Vorschläge des Jugendforums in drei Bereichen vor: zur Stärkung der gemeinsamen Energiesicherheit, zur Förderung der Energienachhaltigkeit und zur Verbesserung der Jugendbeteiligung an der Energiepolitik. So forderten die Teilnehmenden des Jugendforums mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung von neuen Energiesystemen, eine Stärkung der Resilienz kritischer maritimer Infrastruktur, die Modernisierung und intelligente Optimierung des Stromnetzes mit Blick auf Speicher- und Verteilungstechnologien sowie eine faire Energiewende unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von schutzbedürftigen Gemeinschaften. Mit Blick auf die Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche schlug das Forum vor, den Jugendorganisationen im Ostseeraum einen festen und unterstützten Platz in den Entscheidungsprozessen einzuräumen. Zudem solle der Zugang zur grünen Bildung und Berufsausbildung – auch unter Beteiligung von Energieunternehmen – verbessert werden.

Die Mitglieder des Jugendforums haben sich auch während der Jahreskonferenz aktiv in die Debatten mit Politikerinnen und Politikern sowie Sachverständigen eingebracht und ihren Input zu den Sitzungsschwerpunkten gegeben.

## Zweiter Sitzungsabschnitt: Energieversorgungssicherheit

Die Gewährleistung der regionalen Sicherheit schließe auch die Versorgungssicherheit mit ein. Carl-Oskar Bohlin, schwedischer Minister für Zivilschutz, sprach in diesem Zusammenhang vom schwedischen gesamtgesellschaftlichen Ansatz in Fragen nationaler Sicherheit. Dieser Ansatz – der sogenannte ‚whole-of-society approach‘ – sehe vor, dass die zivile Robustheit und Widerstandsfähigkeit in allen Teilen der Gesellschaft gewährleistet werden müsse. Bei der Versorgungssicherheit sei der Aufbau von Resilienz besonders wichtig, denn der Krieg in der Ukraine habe gezeigt, wie verletzlich und abhängig westliche demokratische Gesellschaften von Rohstoffimporten seien. Schweden habe daraus drei Lehren gezogen: Abhängigkeiten von Staaten, die demokratische Werte nicht teilten, gelte es zu vermeiden; die Sicherheit kritischer Infrastruktur solle gewährleistet werden; frühzeitige Bevorratung und Redundanzen in Energiesystemen könnten im Krisenfall von entscheidender Bedeutung sein. Eine Investition in die Versorgungssicherheit sei eine Investition in die zukünftige Sicherheit, betonte Carl-Oskar Bohlin.

Rasmus Dahlberg von der Königlichen Dänischen Verteidigungsakademie (Royal Danish Defense College) sprach von seiner Forschung im Bereich der sektoralen Verantwortung. Dabei ging er insbesondere auf die Lehren ein, die aus der COVID-19-Pandemie gezogen werden könnten. Die Pandemie habe eine Möglichkeit gegeben, die Stabilität des gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems in einem Krisenfall zu überprüfen. Jedoch seien Krisen offenbar das neue Normal. Daher solle die Denkweise sowie die Reaktion auf Krisen an die aktuelle Situation angepasst werden.

Bei der Entstehung der NATO sei ein starker Fokus auf die Stärkung der eigenen und der gemeinsamen Widerstandskraft (Artikel 3 des NATO-Vertrages) gelegt worden. Gegenwärtig gewinne dieser Aspekt wieder an Bedeutung. Die sektorale Verantwortung solle überarbeitet werden, um Verantwortungsdiffusion zu verhindern, welche von externen Kräften leicht ausgenutzt werden könne. Dafür brauche es neue gesellschaftliche und supranationale Strukturen sowie den Nationalstaat, der Krisenmanagementprozesse organisieren und aus vergangenen Krisen lernen solle.

In der darauffolgenden politischen Diskussion bekräftigte Carl-Oskar Bohlin die Notwendigkeit zuverlässiger Energieversorgungsketten auch in der grünen Transformation. Die grüne Transition solle ebenfalls nachhaltig gestaltet werden – nicht nur mit Blick auf Ressourcen, sondern auch Lieferketten. Dabei sollten Abhängigkeiten von Ländern, die ein anderes Sicherheitskonzept verfolgen, vermieden werden. Auf die Nachfrage seitens des Landtagsabgeordneten Jens-Holger Schneider über die Nutzung von EU-Häfen durch russische LNG-Schiffe unterstrich Carl-Oskar Bohlin, dass die kritische Abhängigkeit von Russland verringert werden solle, nicht nur im Energiesektor, sondern auch im Bereich der Düngemittel. Ähnlich merkte Rasmus Dahlberg an, dass es nicht zielführend sei, eine Abhängigkeit durch eine andere zu ersetzen. Es werde immer Akteure geben, die versuchen würden, Schlupflöcher zu nutzen. In Europa glaube man immer noch tief im Inneren an die Globalisierung. Doch um die europäische Resilienz und Widerstandskraft aufzubauen, brauche es gemeinsame Strukturen und eine stärkere supranationale Regulierung.

In der aktuellen unsicheren und krisenhaften Zeit sei die Einbeziehung und das Engagement der gesamten Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Klare und offene politische Kommunikation und verlässliche Institutionen und Foren für den Umgang mit Desinformation seien zentral für die Förderung gesellschaftlicher Akzeptanz und Verantwortung, so Carl-Oskar Bohlin. Gleichzeitig dürfe man den Bezugsrahmen nicht aus den Augen verlieren: Keine Hauptstadt in der EU werde bombardiert, der größte Teil Europas habe seit 70 Jahren keinen Krieg erlebt. Dies sei für Europa ein einzigartiger Zustand in der Geschichte gewesen, der durch die liberale normenbasierte Ordnung entstehen könnte. Europa müsse gegen diejenigen Kräfte kämpfen, die versuchten, die regelbasierte internationale Ordnung zu zerstören. Carl-Oskar Bohlin unterstrich, dass es keine Rückkehr zu der Welt geben werde, in der Europa früher gelebt habe. Diese Botschaft müsse auch an die junge Generation vermittelt werden. Das Paradoxe an den Verteidigungsausgaben sei, dass sie von der Bevölkerung immer als zu hoch empfunden würden. Ohne diese könne es jedoch keine Abschreckung und somit keine Sicherheitsgarantien geben. In dieser Hinsicht schlug Rasmus Dahlberg vor, die Sichtweise von Sicherheit und Vorsorge als Kostenfaktor zu Sicherheit als Investition in die Zukunft zu ändern. Europa dürfe nicht zulassen, dass die Versuche, es zu spalten, Erfolg hätten.

### **Dritter Sitzungsabschnitt: Sicherheit im Ostseeraum**

Der stellvertretende dänische Ministerpräsident und Verteidigungsminister, Troels Lund Poulsen, erinnerte daran, dass Dänemark eine besondere Verantwortung für die maritime Sicherheit in der Ostseeregion trage. Angesichts des NATO-Beitritts Finnlands und Schwedens habe die NATO ihre strategische Position in der Ostsee verbessern und die eigene Präsenz stärken können. Russland werde in Zukunft unvorhersehbarer agieren, daher bräuchten die Ostseestaaten bessere Fähigkeiten und Pläne, um sich zu verteidigen. Dänemark habe erhebliche Investitionen, beispielsweise in eine mobile Brigade und U-Boot-Fähigkeiten beschlossen und seine Unterstützung für die Ukraine erweitert.



In den kommenden Jahren müsse jedoch viel mehr getan werden. Vor allem brauche es einen langfristigen Plan und eine offene und direkte Diskussion mit Wählerinnen und Wählern darüber, was zusätzliche russische Landgewinne in der Ukraine für die gesamte Region bedeuten würden. Künftige Investitionen sollten effektiv und effizient betätigt werden.

Darauf aufbauend bekräftigte der dänische Außenminister, Lars Løkke Rasmussen, dass wirksame Verteidigung starke Bündnisse erfordere. In Zukunft werde es in der Ostseeregion mehr Investitionen in neue Projekte geben. Diese Projekte würden die gemeinsame Sicherheit stärken, sie würden die Region jedoch auch anfälliger für Störungen machen. Russland werde die europäische Entschlossenheit weiterhin auf die Probe stellen. Hybride Bedrohungen zielten darauf ab, die Autorität und das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben und damit die Gesellschaften zu destabilisieren. In diesem Zusammenhang erwähnte Lars Løkke Rasmussen die Gefahren und Risiken, die von der „Schattenflotte“ Russlands ausgehen würden, und betonte die Notwendigkeit von umsetzbaren und rechtssicheren gemeinsamen Maßnahmen. Die Ostseeregion solle sich zukünftig auf die Stärkung der transatlantischen Sicherheit fokussieren. Der beste Weg, einen Krieg in Zukunft zu verhindern, sei Abschreckung und Einigkeit. Dafür seien mehr regionale Kooperation und mehr Zusammenarbeit zwischen der EU und NATO erforderlich.

### **Grußworte der Partnerorganisationen**

Die erste Sitzung am zweiten Konferenztag wurde den Grußworten von Partnerinstitutionen, Vertreterinnen und Vertretern anderer internationaler parlamentarischer Organisationen und BSPC-Beobachtern gewidmet.

Der Leiter der Delegation der Niederlande im Beneluxparlament, Hendrik-Jan Talsma, verwies auf die historischen Verbindungen zwischen den Ostsee- und den Beneluxstaaten, auch wenn diese nicht immer so friedlich, freundlich und kooperativ gewesen seien wie heute. Die Ostsee habe für die BSPC-Staaten eine ähnliche Bedeutung wie die Nordsee für Belgien, die Niederlande und Luxemburg. In beiden Regionen spielten Sicherheitsfragen eine zunehmend wichtige Rolle. Das Recht auf freie Durchfahrt müsse respektiert werden. Gleichwohl würden die Beneluxländer die Aktivitäten Russlands im maritimen Raum sehr genau beobachten. Die Eskortierung von Nicht-NATO-Schiffen sei zu einer regelmäßigen Aufgabe der Nordseestaaten geworden. Dabei seien auch Vorkehrungen zum Schutz von Windparks vor Drohneneinsätzen getroffen worden. Die Beneluxstaaten hätten erkannt, dass die Gewährleistung von Infrastruktursicherheit Investitionen in Kamera- und Drohnenüberwachung sowie strengere öffentlich-private Sicherheitspläne benötige. Dies sei nur mit effizienter Kooperation möglich, unterstrich Hendrik-Jan Talsma und rief die BSPC zur engeren Zusammenarbeit auf.

Der Vorsitzende des Ausschusses Hoher Beamter des Ostseerates (Council of the Baltic Sea States, CBSS), Tõnis Nirk, stellte folglich die Schwerpunkte des estnischen Vorsitzes im CBSS vor. Beim vergangenen Treffen des Ostseerates in Porvoo, Finnland hätten die Außenministerinnen und Außenminister des Ostseerates den russischen Krieg in der Ukraine erneut verurteilt und ihre Unterstützung für die Ukraine bekräftigt. Zudem hätten sie auf die veränderte Sicherheitssituation im Hinblick auf die hybriden Bedrohungen aus Russland und Belarus hingewiesen. Die langfristigen Prioritäten des Ostseerates – Regionale Identität, nachhaltige und wohlhabende Region, sichere und geschützte Region – blieben nach wie vor aktuell.

Der estnische Vorsitz möchte den Schwerpunkt auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit und der Nachhaltigkeit legen. Weiterhin seien die Unterstützung der Ukraine und die Zusammenarbeit mit anderen regionalen Organisationen ein wichtiges Anliegen. Im Hinblick auf Sicherheit werde sich Estland auf den Katastrophenschutz, den Schutz von Kindern und die Bekämpfung des Menschenhandels konzentrieren. Im Bereich der Nachhaltigkeit werde die Arbeit an den grünen Korridoren durch die Ostsee fortgesetzt. In Bezug auf regionale Identität stünden das kulturelle Erbe und mehrere wichtige einschlägige Projekte im Vordergrund. Auch die Jugendbeteiligung spiele weiterhin eine wichtige Rolle.

Anschließend wies Tõnis Nirk darauf hin, dass der Ostseerat einen neuen Generaldirektor des Ständigen Sekretariats ernannt habe, und bedankte sich bei dem scheidenden Generaldirektor Grzegorz Poznański, für seine Arbeit in den vergangenen vier Jahren.

Die BSPC-Jahreskonferenz sei ein Spiegelbild der erfolgreichen Kooperation im regionalen Mehrebenensystem, so Grzegorz Poznański. Parlamente, Regierungen, aber auch Städte und andere Organisationen spielten hierbei eine wichtige Rolle. Eine gute alte Tradition der gesamten Region sei immer gewesen, gemeinsam nach Lösungen für aktuelle Probleme zu suchen. Russland habe im Jahr 2022 diese Tradition des Vertrauens und der Kooperation gebrochen, doch die Ostseeregion habe sich trotzdem als eine Modellregion für Zusammenarbeit beweisen können. Die Ostseestaaten würden am meisten für die Unterstützung der Ukraine tun und legten viel Wert auf den Austausch von Ideen und Erfahrungen mit ukrainischen Partnern. Demokratische Werte, Pragmatismus und Zusammenarbeit hätten die Suche nach sektorenübergreifenden Lösungen für komplexe Probleme in der Ostseeregion schon immer begleitet und würden dies weiterhin tun, betonte Grzegorz Poznański.

Jens William Grav, Koordinator des Baltic NGO Network, unterstrich in diesem Zusammenhang die Bedeutung von zwischenmenschlichen Kontakten. Das Ziel seines Netzwerks sei es, zivilgesellschaftliche Organisationen aus unterschiedlichen Ländern und Bereichen zusammenzubringen und die demokratische Entscheidungsfindung in der Region zu fördern. Einer der Schwerpunkte sei auch die Unterstützung von NGOs bei der Teilnahme an EU-Projekten gewesen. Einige der beteiligten Plattformen seien Koordinatoren einzelner Schwerpunktbereiche der EU-Makrostrategie Jens William Grav hob hervor, dass die Zivilgesellschaft für die Entwicklung des Ostseeraums traditionell eine zentrale Rolle gespielt hätte. In der nordischen Tradition hätten zivilgesellschaftliche Organisationen, in denen die Vorstände gewählt worden seien, einen erheblichen Beitrag zur Entstehung und Stärkung von demokratischen Institutionen geleistet. Abschließend äußerte er die Hoffnung, die internationale Zusammenarbeit des Baltic NGO Network zu erweitern, und unterstrich die Bedeutung der gesellschaftlichen Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen.

#### **Berichte der Arbeitsgruppe und der BSPC Berichterstatterinnen und Berichterstatter**

In dem darauffolgenden Sitzungsabschnitt stellten die BSPC-Rapporteurinnen und -Rapporteure ihre Berichte in den jeweiligen Themenfeldern vor. Seitens des Landtages Mecklenburg-Vorpommern hat die Präsidentin Birgit Hesse der Jahreskonferenz einen Bericht über den nachhaltigen Tourismus im Ostseeraum schriftlich vorgelegt. Die Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp legte ihren schriftlichen Bericht als Beobachterin der Ostseeparlamentarierkonferenz bei HELCOM vor, während der Abgeordnete Philipp da Cunha als ehemaliger Vorsitzender der vorherigen BSPC-Arbeitsgruppe den ersten schriftlichen Bericht zum Thema „Klimawandel und Biodiversität“ vorlegte.

Der Vorsitzende der aktuellen BSPC-Arbeitsgruppe für Energiesicherheit und -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität, Andris Kulbergs, informierte die Jahreskonferenz über die Aktivitäten der von ihm geleiteten Arbeitsgruppe im vergangenen Jahr. Zunächst wies er auf den hohen Preis hin, den europäische Länder für die Energieabhängigkeit von Russland bezahlen müssten. Trotzdem habe Europa im Laufe der Krise ein unerwartet hohes Maß an Resilienz gezeigt. Die Gespräche im Rahmen der Arbeitsgruppe hätten gezeigt, dass die Ostseestaaten beindruckende Ergebnisse erzielen könnten, wenn sie zusammenarbeiteten. So hätten die Arbeitsgruppenmitglieder die Möglichkeit, sich beim ersten Arbeitsgruppentreffen in Riga, Lettland, mit dem Infrastrukturprojekt Rail Baltica vertraut zu machen. Diese sich im Bau befindende Eisenbahnverbindung von Warschau nach Helsinki diene auch als Energie- und digitale Infrastruktur, die für den Sicherheitsbereich von Relevanz sei. Damit zusammenhängende Fragen der Energieinfrastruktursicherheit seien bei der zweiten und dritten Arbeitsgruppensitzung in Helsinki und in Greifswald eruiert worden. Zudem habe die Arbeitsgruppe eine Umfrage unter den Ostseeanrainerstaaten über Verbrauch, Energieproduktivität und Anschlusspläne durchgeführt. Andris Kulbergs war der Meinung, dass der zukünftige Strombedarf in der Ostseeregion erheblich unterschätzt werde. Er wies darauf hin, dass die Umstellung des Fahrzeugverkehrs und der Heizung auf Elektrizität sowie die rasante Entwicklung von KI diesen Anstieg vorantreiben werde. Daher rief er zu mehr Zusammenarbeit zum Schutz der kritischen Infrastruktur sowie zum Abwehr von hybriden Bedrohungen auf.

Die Sicherheit des Schifffahrtsverkehrs sei von herausragender Bedeutung für alle Ostseeanrainer, so der BSPC-Berichterstatter für integrierte Meerespolitik, Jörgen Pettersson. Fast alle lebensnotwendigen Waren würden auf dem Seeweg geliefert. Auf die Ostsee würden dabei 15 Prozent des weltweiten Seeverkehrs entfallen. Rd. 2 000 Schiffe befänden sich hier täglich und zu jeder Zeit. Mit Blick auf die Entwicklungen im maritimen Bereich merkte Jörgen Pettersson an, dass zukünftige Kraftstoffe und das ETS-Handelssystem erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Infrastruktur, die maritime Raumplanung und die Technologien haben würden. Aktuell stelle die sogenannte russische „Schattenflotte“ eine große Herausforderung für die weltweiten Schifffahrtsbehörden und Regulierungsstellen dar. Die integrierte Meerespolitik biete Ideen und Lösungen, wie man diese Probleme angehen könne. Ziel sei es, eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Zukunft für den maritimen Sektor zu sichern. Deshalb solle die Zusammenarbeit mit den Regulierungsbehörden, der Industrie und anderen Interessengruppen fortgesetzt werden.

Mit Blick auf einen anderen hochaktuellen Aspekt der gemeinsamen europäischen Politik wies die BSPC-Berichterstatterin für Migration und Integration, Carola Veit, darauf hin, dass Europa im Zuge des Ukraine-Krieges die größte Flüchtlingsbewegung seit Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt habe. Die Herausforderungen der Migration, der hybriden Kriegsführung und der Grenzsicherheit seien zunehmend miteinander verwoben. Alle Mitglieder der BSPC seien mit der anspruchsvollen Aufgabe der Integration konfrontiert. Unterschiedliche Länder verfolgten hierbei zwei unterschiedliche Ansätze: „Sprache zuerst“ oder „Arbeit zuerst“. Eine Studie des deutschen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung habe hinsichtlich der Integration Geflüchteter aus der Ukraine das norwegische Modell als Vorbild empfohlen, das Menschen erlaube, in Teilzeit zu arbeiten und gleichzeitig an Integrationsmaßnahmen teilzunehmen. Die Sprachbarriere stelle ein erhebliches Hindernis für den Zugang zum Arbeitsmarkt dar, daher sei Spracherwerb eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Darüber hinaus verwies sie auf die Instrumentalisierung von Flucht- und Migrationsbewegungen, die betroffene Länder vor erhebliche politische Herausforderungen stelle. Ostseeparlamentarierinnen und -parlamentarier müssten ein Gleichgewicht zwischen der Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und der Verteidigung demokratischer Werte finden.

Sie dürften dabei nicht vergessen, dass ihre alternden Gesellschaften Menschen bräuchten. Migration könnte daher als ein Schlüssel für die Zukunft des Ostseeraums und Europas betrachtet werden.

Angesichts der aktuellen Bedrohungen dürften die Fehler der Vergangenheit nicht vergessen werden, unterstrich zum Schluss Anna Kassautzki, BSPC-Berichterstatterin für versenkte Munition. Sie erinnerte daran, dass nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg etwa 400 000 Tonnen konventionelle und 40 000 Tonnen chemische Sprengköpfe auf den Grund der Ostsee gekippt worden seien. Sie korrodierten im Salzwasser und würden giftige Stoffe in die Umwelt entlassen. Studien zeigten, dass die freigesetzten Schadstoffe Muscheln und Fische beeinträchtigten und somit die Biodiversität der Ostsee gefährdeten. Die EU arbeite zusammen mit dem Ostseerat und HELCOM, um wissenschaftlichen Austausch zu fördern und eine Initiative für die Kampfmunitionsräumung vorzubereiten. In Verbindung mit der geplanten deutschen schwimmenden Plattform könnte dies einen entscheidenden Schritt darstellen. Dennoch müsse der Prozess beschleunigt werden, da nicht mehr viel Zeit für die Umsetzung bleibe. Anna Kassautzki forderte eine enge institutionelle Zusammenarbeit und eine stärkere parlamentarische Unterstützung von Räumungsinitiativen und -maßnahmen. Die Exekutive solle einen Finanzierungsmechanismus finden, um das von früheren Generationen verursachte Chaos für die kommende Generation zu beseitigen.

#### **Vierter Sitzungsabschnitt: Klimainitiativen**

Mit Blick auf die wachsenden Herausforderungen des Klimawandels hat die 29. Ostseeparlamentarierkonferenz im Jahr 2020 eine Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität eingesetzt. Unter der Leitung des Landtagsabgeordneten Philipp da Cunha hat die Arbeitsgruppe der letztjährigen BSPC-Jahreskonferenz eine umfangreiche Liste mit Forderungen und Empfehlungen zur Eindämmung des Klimawandels und zum Schutz der Artenvielfalt für die nationalen und regionalen Regierungen im Ostseeraum vorgelegt. Daher adressierte auch die diesjährige 33. Ostseeparlamentarierkonferenz einschlägige internationale Initiativen zur Umsetzung der Ziele und Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Grünen Deals und des Ostseeaktionsplans (Baltic Sea Action Plan, BSPC).

So stellte Eva Jensen von der Europäischen Umweltagentur die Ergebnisse der Europäischen Klimarisikoanalyse (European Climate Risk Assessment, EUCRA) vor. Nach dem EUCRA-Bericht wärme sich Europa doppelt so schnell wie der Rest der Welt auf und sei auf die Folgen des Klimawandels nicht vorbereitet. Im Jahr 2022 beliefen sich die mit der Zunahme von Extremwetterereignissen verbundenen Kosten in Europa auf 52 Billionen Euro. Die Sektoren der Wirtschaft, der Finanzen, der Lebensmittelproduktion und der Infrastruktur sowie die Ökosysteme seien besonders betroffen. Das Europäische Klimagesetz und das „Fit for 55“-Paket der EU würden Ziele zur Erreichung von Klimaneutralität bis 2050 sowie die dafür erforderlichen Maßnahmen, wie etwa im Bereich der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, der Förderung von Energieeffizienz, der Investitionen und sozialer Unterstützung, definieren. EU-Nationalstaaten seien für die Implementierung dieser Maßnahmen zuständig und müssten in den kommenden sechs Jahren entscheidende Schritte unternehmen. Dabei seien Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit ebenfalls wichtige Themen, die jedoch direkt mit Initiativen zur Gewährleistung von Klimaneutralität verbunden seien.

Um den Prozess wissenschaftlich zu begleiten und zu unterstützen, sei der unabhängige Klimabeirat der EU (European Scientific Advisory Board on Climate Change, ESABCC) etabliert worden. Prof. Jette Bredahl Jacobsen, Vize-Vorsitzende des Klimabeirats, präsentierte die zentralen Ergebnisse seiner Arbeit, die unter dem Gesichtspunkt der Evaluierung von Umsetzbarkeit und Fairness von entsprechenden Klimamaßnahmen geführt worden sei. Der Beirat sei zum Schluss gekommen, dass das EU-Klimaziel bis zu 95 Prozent bis 2040 erreicht werden könne; dafür sei ein hohes Maß an Ambitionen in den Mitgliedstaaten die Mindestanforderung. Es gebe drei Wege, um das ambitionierte Ziel zu erreichen: durch die Senkung der eigenen Energiebedarfe, durch den Ausbau von erneuerbaren Energien oder durch eine Mischung von beiden Ansätzen, die langfristig auf Nuklearenergie und einen verstärkten Einsatz von Kohlenstoffabbau basieren würde. Das bisherige Tempo der Kohlenstoffreduzierung solle bis zum Jahr 2030 verdoppelt und ab dem Jahr 2040 weiter beschleunigt werden.

Die Ostsee stelle bereits jetzt ein kollabiertes Ökosystem dar und benötige dringende Maßnahmen für die Wiederherstellung seiner Funktionen, so Prof. Stig Markager von der Universität Aarhus. In der westlichen Ostsee sei der Kabeljaubestand völlig zusammengebrochen, was zu einem kompletten Zusammensturz des gesamten Freizeitfischereitourismus in der Region geführt habe. Grund dafür sei die Eutrophierung, die durch den übermäßigen Eintrag von Stickstoff und Phosphor verursacht werde. Die Helsinki Kommission (HELCOM) habe das Ziel gesetzt, den Stickstoffeintrag in die Ostsee um 7 Prozent zu reduzieren. Das reiche jedoch bei Weitem nicht aus, denn erst bei einer 50-prozentigen Stickstoffeintragsreduzierung könnte sich das Ökosystem in 100 Jahren wiederherstellen. Daher sprach Prof. Markager vier Empfehlungen zur Erreichung eines gesunden Zustandes der Ostsee aus: erstens sollten die Stickstoffeinträge um mindestens fünfzig Prozent reduziert werden, zweitens bräuchte es die Installation besserer Abwasserbehandlungsanlagen, drittens sollte der Einsatz fossiler Brennstoffe beendet werden, während viertens die größten Umweltbelastungen verringert werden sollten.

### **Abschluss der Jahreskonferenz**

Am Ende der Konferenz wurde traditionell die gemeinsame Resolution im Konsens aller Mitgliedsparlamente beschlossen. Der scheidende BSPC-Präsident, Henrik Møller, dankte dem Redaktionsausschuss und allen Delegationen für ihre Arbeit und Mitwirkung an der Entschließung und übergab den Staffelstab an seinen Nachfolger, Alfons Röblom aus Åland.

Als angehender BSPC-Präsident stellte Alfons Röblom die Schwerpunkte des Vorsitzes von Åland unter dem Motto „Die Ostsee – unsere Lebensader“ vor. Åland wolle Initiativen zum Schutz und zur Wiederherstellung der Gesundheit der Ostsee Vorrang einräumen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltverschmutzungsbekämpfung, biologische Vielfalt der Meere und nachhaltige Fischerei unterstützen. Zudem solle die Kooperation mit der EU und anderen internationalen Gremien erweitert werden. Der åländische BSPC-Vorsitz habe sich vorgenommen, den Dialog und den Austausch über bewährte Verfahren zu fördern und Partnerschaften für Innovation und Resilienz zu unterstützen. Im Ostseeraum seien Sicherheit und Nachhaltigkeit stets miteinander verbunden. Åland werde sich auf Cybersicherheit, hybride Bedrohungen und die Sicherheit auf See konzentrieren und sich gleichzeitig für erneuerbare Energien, Senkung der Treibhausgasemissionen und Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gegenüber dem Klimawandel einsetzen.

Abschließend bedankte sich der BSPC-Vizepräsident, Henrik Møller, bei dem BSPC-Generalsekretär, Bodo Bahr, und dem Sekretariat für die Unterstützung bei der Ausrichtung der Jahreskonferenz.

Mit langanhaltendem Beifall würdigte die Konferenz die langjährige engagierte Arbeit von Bodo Bahr, den Henrik Møller als „Mr. BSPC“ bezeichnete und betonte, dass es eine große Freude gewesen sei, mit ihm zusammenzuarbeiten. In diesem Zusammenhang wurde auf die Entscheidung der Ständigen Ausschusses Bezug genommen, sich nach der nächsten Jahreskonferenz auf den Åland-Inseln auf einen Nachfolger von Bodo Bahr zu verständigen. Dieser wird ab Anfang Januar 2025 als Vize-Generalsekretär geführt.

Die 34. Ostseeparlamentarierkonferenz wird vom Parlament von Åland ausgerichtet und findet vom 24. bis 26. August 2025 in Mariehamn statt.

27. August 2024, 12:29 Uhr

### **Entschließung der Konferenz**

Angenommen von der 33. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) am 27. August 2024.

Die Teilnehmenden, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter

des Parlaments Dänemarks

des Parlaments Estlands

des Parlaments Finnlands

des Parlaments der Bundesrepublik Deutschland

des Parlaments Islands

des Parlaments Lettlands

des Parlaments Litauens

des Parlaments Norwegens

des Parlaments Polens

des Parlaments Schwedens

des Parlaments Ålands

der Bremischen Bürgerschaft

des Parlaments der Färöer

der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

des Parlaments Grönlands

des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern

des Landtags von Schleswig-Holstein

der Baltischen Versammlung

des Europäischen Parlaments

des Nordischen Rates,

die am 27. August 2024 in Helsingør zusammengekommen sind,

- erklären, dass der Ostseeraum vor vielfältigen und wachsenden Herausforderungen steht, die eine noch engere Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den demokratischen Ostseeanrainerstaaten erfordern;
- betonen in Anbetracht der geopolitischen Lage und der aktuellen Bedrohungen ihre Verpflichtung, zu Sicherheit und Stabilität in der Region beizutragen;
- stellen fest, dass es notwendig ist, die Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Ostseeanrainerstaaten zu intensivieren und verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die Sicherheit, den Umweltschutz und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region durch noch besser koordinierte Maßnahmen zu fördern;
- betonen die Bedeutung der Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik und die Notwendigkeit, sicherheitspolitische Herausforderungen gemeinsam anzugehen und die Verteidigungsanstrengungen im Ostseeraum besser zu koordinieren;
- bekräftigen ihre unerschütterliche und uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine, solange dies nötig ist, und verurteilen erneut auf das Entschiedenste die großangelegte Invasion Russlands und die von der Russischen Föderation verübten Gewalthandlungen in der Ukraine sowie die anhaltenden eklatanten und massiven Verstöße gegen das Völkerrecht;
- betonen, dass zur Wahrung der Sicherheit des gesamten Ostseeraums eine verstärkte Zusammenarbeit zur Stärkung der Verteidigungslinie an der Grenze zu Russland und Belarus und eine kontinuierliche Erhöhung der Investitionen in die regionale Verteidigung und den Schutz vor hybriden Bedrohungen erforderlich sind;
- verurteilen die Instrumentalisierung von Menschen durch Belarus und Russland, um den Druck an den Grenzen zu erhöhen;
- unterstreichen, dass es unbedingt notwendig ist, die Widerstandsfähigkeit ihrer demokratischen Gesellschaften ausgehend von den Werten, die die demokratischen Ostseeanrainerstaaten verbinden, zu stärken;
- verurteilen auf das Schärfste die deutliche Zunahme brutaler Angriffe und Straftaten gegen Politiker, Polizeibeamte und Medienvertreter, insbesondere in der jüngsten Vergangenheit und während des Europawahlkampfes, und sehen die Notwendigkeit, daraus in allen Mitgliedsstaaten geeignete Konsequenzen zu ziehen, um solche verurteilenswerten Entwicklungen, die sich gegen die Grundfesten unseres Zusammenlebens und unserer demokratischen Werte richten, zurückzudrängen;
- teilen außerdem mit großer Besorgnis die in der Ministererklärung des HELCOM-Ministertreffens 2024 in Riga zum Ausdruck gebrachte Feststellung, dass das Ökosystem Ostsee weiterhin stark vielfältigen anthropogenen Belastungen ausgesetzt ist, was auch anhand der Ergebnisse der dritten ganzheitlichen Bewertung der Helsinki-Kommission (HELCOM HOLAS 3) deutlich wird, und dass es ungeachtet aller wichtigen Verbesserungen im Umweltbereich und Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Umweltschäden in der Ostsee zunehmend unter den negativen Auswirkungen der Dreifachkrise des Planeten aus Klimawandel, Verlust an biologischer Vielfalt und Umweltverschmutzung leidet. Daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit, den Ostsee-Aktionsplan konsequent umzusetzen; <https://helcom.fi/wp-content/uploads/2024/04/Ministerial-Declaration-2024.pdf>
- unterstützen voll und ganz den Inhalt der Porvoo-Erklärung des Ostseerats, die von den Außenministerinnen und Außenministern der demokratischen Staaten des Ostseeraums am 14. Juni 2024 abgegeben wurde; <https://cbss.org/wp-content/uploads/2024/06/porvoo-declaration-2024.pdf>



fordern die Regierungen des Ostseeraums, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit im Ostseeraum

1. die demokratische Resilienz zu stärken: Appell an die Regierungen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und Menschenrechte weiter zu fördern und dabei auf den erfolgreichen legislativen und administrativen Maßnahmen des vergangenen Jahres aufzubauen, indem die Zusammenarbeit und der Austausch bewährter Verfahren zwischen den demokratischen Akteuren in der Region intensiviert werden.
2. die friedvolle Zusammenarbeit zu fördern: Hervorhebung, wie wichtig die friedliche Zusammenarbeit und der Dialog zwischen den Ostseeanrainerstaaten sind, um gemeinsame ökologische Herausforderungen unter Wahrung des Völkerrechts und der territorialen Integrität anzugehen.
3. das bürgerschaftliche Engagement zu stärken: Erleichterung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen, Schaffung von mehr Bürgerplattformen mit Entscheidungskompetenz mit besonderem Augenmerk auf die junge Generation und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements der Jugend durch Verbesserung der politischen Urteilsfähigkeit, insbesondere durch Verbesserung der Demokratieerziehung und der schulischen Lehrpläne und Bildungsprogramme (Baltic Sea Parliamentary Youth Forum, BSPYF). Förderung des Erfahrungsaustauschs über den Aufbau eines effizienten Katastrophenschutzsystems, das dem Potenzial zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Mobilisierung von Humanressourcen und der Reaktion auf Notfälle Rechnung trägt.
4. einen Schwerpunkt auf die soziale Nachhaltigkeit zu legen: Betonung der Notwendigkeit, die jüngsten erfolgreichen Initiativen zur sozialen Nachhaltigkeit auszuweiten und darauf aufzubauen, einschließlich derjenigen, die darauf abzielen, die Herausforderungen einer alternden Bevölkerung durch Weiterbildung und Umschulung zu bewältigen, Migranten und benachteiligte Gruppen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Bestärkung der Regierungen, dafür zu sorgen, dass diese Initiativen finanziell gut ausgestattet sind und wirksam umgesetzt werden. Entwicklung und Umsetzung von Programmen zur politischen Bildung und zivilgesellschaftlichen Initiativen für Jugendliche wie auch Erwachsene, um das Bewusstsein für die Gefahren zu schärfen, die von allen Formen des Extremismus, einschließlich der Rekrutierungsstrategien extremistischer Gruppen, für die Demokratie ausgehen (BSPYF). Förderung von grenzüberschreitenden Austauschprogrammen für Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen und unterschiedlicher Prägung, bei denen die Überbrückung gesellschaftlicher Gräben und die Bekämpfung von Extremismus im Mittelpunkt stehen (BSPYF). Gewährleistung eines auf Integration gerichteten Regierens durch Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Politikgestaltung und Einrichtung von Mechanismen für Bürgerhaushalte zur gerechten Verteilung von Ressourcen und zur Stärkung der Eigenverantwortung der örtlichen Gemeinschaften. Ermutigung der Beschäftigten, Gewerkschaften beizutreten, durch Sensibilisierung und Förderung ihrer Mitwirkung, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Stärkung und Wahrung des institutionellen Rahmens der Gewerkschaften liegen sollte (BSPYF).

5. die soziale Widerstandsfähigkeit zu stärken: Erneute Bekräftigung, wie wichtig nach wie vor die Stärkung der sozialen Widerstandsfähigkeit im Ostseeraum ist, indem sie durch kulturelle Aktivitäten gefördert wird, in diesem Zusammenhang Würdigung und Unterstützung des erfolgreich angelaufenen Verfahrens zur Verleihung des Titels „Kulturperle des Ostseeraums“ und der ersten damit ausgezeichneten Städte und Förderung und Unterstützung der Entwicklung eines langfristigen Handlungskonzepts und der weiteren jährlichen Verleihung des Preises nach dem Auslaufen der Interreg-Projekte im Dezember 2025.
6. vulnerable Gruppen zu schützen: die Rechte von Flüchtlingen, ethnischen Minderheiten, LGBTQ-Menschen, Frauen, Kindern, alten Menschen und weiteren vulnerablen Gruppen, die in Kriegszeiten besonders gefährdet sind und durch intolerante Einstellungen bedroht werden, zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten;
7. die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung zu verteidigen: die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung zu verteidigen und das Recht auf reproduktive Gesundheit zu achten;
8. die Ukraine zu unterstützen: Förderung einer fortgesetzten und erweiterten Unterstützung für die Ukraine, ausgehend von früheren gesetzlich beschlossenen Hilfspaketen und Initiativen zur Wiederaufbauhilfe. Eintreten für umfassende Programme, die wirtschaftliche Unterstützung, den Wiederaufbau der Infrastruktur und Hilfe bei der Stärkung demokratischer Institutionen beinhalten.
9. Desinformation zu bekämpfen: Aufforderung an die Regierungen, die gesetzlichen Rahmenbedingungen und behördlichen Maßnahmen, die sich bei der Bekämpfung von Desinformationskampagnen – insbesondere den von der Russischen Föderation vorangetriebenen – als wirksam erwiesen haben, zu verschärfen. Förderung der Ausweitung von Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, von Programmen zur Förderung der digitalen Kompetenz sowie einer soliden Medienerziehung zur Bekämpfung von Falschinformationen. Verbot der Erstellung von Personenprofilen auf der Grundlage von Massendatenerhebungen, solange diese Profile gezielte Werbung für Desinformationskampagnen ermöglichen (BSPYF).
10. die regionale digitale Zusammenarbeit zu fördern: Eintreten für eine weitere Verbesserung und Harmonisierung der digitalen Märkte und Infrastrukturen im gesamten Ostseeraum. Hervorhebung erfolgreicher nationaler und regionaler Maßnahmen des vergangenen Jahres zur Stärkung der Cybersicherheit und einer ethisch vertretbaren digitalen Praxis und Aufruf zu gemeinsamen Anstrengungen, um diese Erfolge auf die gesamte Region zu übertragen. Stärkung der digitalen Widerstandsfähigkeit, wobei die Parlamente im Ostseeraum danach streben sollten, ihre Führungsrolle bei der Vermittlung digitaler Kompetenzen für alle Altersgruppen deutlich zu machen und sich dabei auf 1) die Sensibilisierung für die Bedeutung des Datenschutzes und 2) die Unterstützung von Innovationen zur Bekämpfung von Desinformation zu konzentrieren.

11. den Schutz der Meeresökosysteme zu verstärken: Nachdrückliche Aufforderung an die Regierungen, die Bemühungen zur Bekämpfung der Eutrophierung zu verstärken, indem sie den überarbeiteten HELCOM-Aktionsplan und die Regelungen zur Reduzierung des Nährstoffeintrags systematisch umsetzen. Unterstützung der Umstellung und notwendigen Schwerpunktsetzung auf innovative, nachhaltige landwirtschaftliche Methoden und Förderung von Strategien für das Nährstoffrecycling, wobei sicherzustellen ist, dass diese Maßnahmen in die nationale und regionale Politik integriert werden, mit der die Zufuhr von Nährstoffen in die Ostsee deutlich reduziert werden soll, ohne die Nahrungsmittelproduktion zu verringern. Betonung der Notwendigkeit abgestimmter Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt in der Ostsee und zur Verbesserung der Wasserqualität durch neue gesetzliche Maßnahmen und gezielte Investitionen.
12. die Meeresschutzgebiete (MPA) auszuweiten: Forderung nach einer Fortführung und Ausweitung der gesetzgeberischen Maßnahmen, mit denen erfolgreich neue Meeresschutzgebiete ausgewiesen und die Bewirtschaftungsstrategien verbessert wurden. Nachdrückliche Aufforderung an die Regierungen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verstärken, um gefährdete Lebensräume zu schützen, die biologische Vielfalt zu fördern und die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen.
13. Initiativen für eine nachhaltige blaue Wirtschaft zu fördern: Begünstigung öffentlicher und privater Investitionen in die innovative marine und maritime Forschung, um die Entwicklung und Umsetzung von Initiativen für eine nachhaltige blaue Wirtschaft zu unterstützen – unter gleichzeitiger Betonung von Artikel 1 Absatz 3 der EU-Meerestrategie-Rahmenrichtlinie (MSRR). Hervorhebung, wie wichtig eine Balance zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten wie Offshore-Windkraft und Aquakultur und dem Schutz der Meeresumwelt ist, indem ein Ökosystemansatz zur Anwendung kommt. Aufruf zur Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse und der Anregungen von Interessengruppen in die Planung und Durchführung dieser Initiativen, damit sie auf ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet sind gleichzeitig zum Wirtschaftswachstum beitragen.
14. die Nachhaltigkeit im Seeverkehr zu unterstützen: Eintreten für den Übergang zu schwefelarmen Kraftstoffen und alternativen Energiequellen und Förderung von Digitalisierung und Automatisierung in der Logistik, um die Effizienz zu verbessern und die Umweltbelastung zu verringern.
15. die Sicherheit und Infrastruktur von Häfen zu verbessern: Investitionen in die Verbesserung der Hafeninfrastruktur mit einem Schwerpunkt auf Sicherheit und Nachhaltigkeit, z. B. bei der landseitigen Stromversorgung und Abfallentsorgung, sowie bessere Anbindung an die Verkehrsnetze im Hinterland.
16. die Sicherheit im Seeverkehr zu erhöhen: Gewährleistung sicherer, effizienter und hindernisfreier Schifffahrtswege. Einführung und Durchsetzung fortschrittlicher Navigationshilfen, verbesserter Schiffsverkehrsdienste (VTS) und strenger Sicherheitsvorschriften, um die Sicherheit im Seeverkehr angesichts des dichten Verkehrsaufkommens und der schwierigen Wetterbedingungen in der Region zu verbessern. Eine verstärkte Ausweisung von Verkehrstrennungsgebieten (VTG) in Gebieten mit empfindlicher Infrastruktur ist von zentraler Bedeutung.
17. technologische Innovationen bei Motoren zu fördern: Investitionen in die Forschung und Entwicklung von Hybridantrieben, neuen Kraftstoffen und Elektrifizierungstechnologien zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Verringerung der Emissionen, damit die Schiffe so die immer strengeren gesetzlichen Anforderungen erfüllen.

18. die Bedrohungen durch die russische „Schattenflotte“ abzuwehren: Vorrangige Bekämpfung der von der russischen „Schattenflotte“ ausgehenden Bedrohungen durch eine verstärkte Überwachung des Seeverkehrs, den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, die Durchsetzung von Vorschriften und gemeinsame Anstrengungen zur Minimierung von Umwelt- und Sicherheitsrisiken, einschließlich des Eintretens für internationale Sanktionen, solange dies nötig ist.
19. sich weiterhin mit dem Problem der im Meer versenkten Munition zu befassen: Aufforderung an die Regierungen, der Zusammenarbeit zur vollständigen Erfassung und sicheren Beseitigung von im Meer versenkter Munition Vorrang einzuräumen und diese zu koordinieren, wobei die laufenden Projekte und Förderinitiativen der Europäischen Kommission, z. B. Horizont Europa, genutzt und weitere gemeinsame Maßnahmen der HELCOM, des Ostseerats und der EU in diesem Bereich erarbeitet werden sollten. Eintreten für den Einsatz umweltfreundlicher Technologien und Methoden, um die von versenkter Munition ausgehenden Gefahren zu minimieren, und Sicherstellung, dass diese Bemühungen in die nationalen und regionalen Sicherheits- und Umweltstrategien integriert und so bald wie möglich umgesetzt werden.

im Hinblick auf die Energieversorgungssicherheit und die Vernetzung

die Sicherheit und Unabhängigkeit der Energieversorgung zu verbessern

20. in Anbetracht der aktuellen geopolitischen Herausforderungen Projekten zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit im Ostseeraum Priorität einzuräumen und sie zu unterstützen; (AG)
21. beim Bau neuer oder bei der Umgestaltung bereits bestehender Energieinfrastrukturen die regionalen Bedürfnisse, Resilienz Aspekte und Nachhaltigkeitsziele sowie auch das soziale und wirtschaftliche Wohlergehen eingehend zu berücksichtigen; (AG)
22. weitere Verbundnetze im Ostseeraum zu fördern; (AG)
23. sich im Rahmen regionaler politischer Initiativen für den Aufbau eines gemeinsamen Verbundes einzusetzen und maßgeblich EU-Mittel einzubeziehen, um die Entwicklung eines regionalen Marktes für erneuerbare Energien erfolgreich voranzutreiben; (AG)
24. regelmäßig Erfahrungen und bewährte Verfahren in Bezug auf die Umsetzung von Onshore- und Offshore-Windkraftprojekten im Ostseeraum auszutauschen; (AG)

den Verkehr zu verbessern

25. die Mittel für die Verbesserung der Infrastruktur aufzustocken und Gespräche über eine neue Strategie zur Verbesserung der Kapazitäten der militärischen Mobilität und des zivilen Verkehrs in der Region aufzunehmen; (AG)
26. Pläne zur weiteren Verbesserung der Vernetzung des See- und Eisenbahnverkehrs im Ostseeraum zu entwickeln und umzusetzen und die Anbindung an den europäischen Kontinent sicherzustellen; (AG)
27. die Koordinierung der Aktivitäten und die regelmäßige Zusammenarbeit der demokratischen Ostseeanrainerstaaten beim Schutz der maritimen Infrastruktur im Ostseeraum deutlich zu verbessern; (AG)
28. einen Plan zur Lösung der seeversicherungstechnischen Probleme in der Region zu erstellen, die zu Unterbrechungen der Handelswege und damit zu Verzögerungen und höheren Kosten für die Unternehmen führen können; (AG)
29. gemeinsam über die Umsetzung des VN-Seerechtsübereinkommens zu beraten, um die Herausforderungen in der Ostsee anzugehen, insbesondere den Schutz kritischer Infrastrukturen und die Koordinierung zwischen den Ostseeanrainerstaaten;

die digitale Vernetzung auszubauen

30. zwischen den Mitgliedern der Ostseeparlamentarierkonferenz Verhandlungen über eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit aufzunehmen; (AG)
31. Anreize und Unterstützungsmaßnahmen für die Stärkung der Unterwasser-Kommunikationsinfrastruktur in der Ostsee zu entwickeln, einschließlich des Ausbaus von Verbindungen und der Sicherstellung der Widerstandsfähigkeit der bestehenden Verbindungen; (AG)
32. zur Verbesserung der flächendeckenden Internetanbindung und -versorgung im Ostseeraum zusammenzuarbeiten und sich auszutauschen; (AG)

grenzüberschreitende Projekte zu erleichtern

für grenzüberschreitende Großprojekte von regionaler Bedeutung zu sensibilisieren und nach Lösungen für ihre leichtere Umsetzung zu suchen; (AG)

gemeinsame grenzüberschreitende Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien zu prüfen und den Infrastrukturbedarf zu ermitteln, um die Integration erneuerbarer Energien zu ermöglichen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit und den Zugang zu erschwinglicher Energie zu gewährleisten und zu verbessern;

angesichts der rasanten Entwicklung von KI-Software und KI-Diensten, die genügend Ökostrom und reichlich Rechenleistung erfordern, des Wachstums des Marktes für erneuerbare Energien im Ostseeraum und des Ausbaus der Vernetzung als Voraussetzung für die Einführung und Nutzung von Supercomputern die Zusammenarbeit zu koordinieren, um die Bereitstellung der erforderlichen Rechnerkapazitäten im Ostseeraum rasch in Gang zu bringen; (AG)

im Hinblick auf die Verteidigung

33. das Vorgehen gegen Bedrohungen zu koordinieren: Verständigung auf ein koordiniertes Vorgehen, um dem Mangel an Informationsaustausch, Bedrohungskontrollzentren, Bedrohungsabwehrstrategien sowie wirksamer Kommunikation zur Unterbindung gezielt verbreiteter Fake News und Propaganda entgegenzuwirken, zumal es zuletzt zu vielfachen potenziellen hybriden Bedrohungen für kritische Energie- und Kommunikationsinfrastrukturen im Ostseeraum gekommen ist. (AG)
34. Beispiele für bewährte Verfahren als Vorlage nutzen: Einige Nordsee-Anrainerstaaten haben die „Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zum Schutz der Infrastruktur in der Nordsee“ unterzeichnet; diese Initiative könnte als Modell für eine engere Sicherheitszusammenarbeit auch im Ostseeraum dienen.
35. einen integrierten NATO-Verteidigungsraum zu verwirklichen: Zusage, das Potenzial des Ostseeraums zu einem integrierten NATO-Verteidigungsraum mit starker regionaler Zusammenarbeit in der Küsten-, See- und Luftverteidigung zu erschließen. (AG)
36. die Koordinierung der Überwachung und Reaktionsmaßnahmen durch die NATO zu verbessern: Verstärkte Integration der Überwachung der maritimen Infrastruktur und der Reaktionsmaßnahmen in die NATO-Strukturen, insbesondere nach dem Beitritt Finnlands und Schwedens. Förderung der Entwicklung kooperativer Steuerungsmaßnahmen und gemeinsamer Überwachungsinitiativen, um die Fähigkeiten der NATO zur Beobachtung und zum Schutz kritischer maritimer Infrastrukturen im Ostseeraum zu verbessern.

37. das Lagebewusstsein zu erhöhen und die gesellschaftliche Resilienz zu stärken: Besseres Lagebewusstsein und mehr gesellschaftliche Resilienz insbesondere, um auf hybride Bedrohungen im Ostseeraum reagieren zu können. (AG)
38. die Verwaltung der maritimen Infrastruktur und die Rechtsangleichung zu verbessern: Harmonisierung der nationalen Definitionen und gesetzlichen Rahmenregelungen für kritische maritime Infrastrukturen im gesamten Ostseeraum. Schaffung einer abgestimmten Verwaltungsstruktur für den Schutz der maritimen Infrastruktur, die einheitliche und koordinierte gesetzgeberische Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Widerstandsfähigkeit gegenüber Bedrohungen gewährleistet.
39. in moderne Überwachungs- und Früherkennungssysteme zu investieren: Investitionen in fortschrittliche Überwachungstechnologien wie Sensoren, hydroakustische Systeme und unbemannte Unterwasserdrohnen zur Echtzeitüberwachung der maritimen Infrastruktur. Förderung der Integration dieser Technologien in neue und bestehende Infrastrukturen, um ein umfassendes Frühwarn- und Schnellreaktionssystem zu schaffen, mit dem das Risiko und die Auswirkungen von Angriffen in der Grauzone minimiert werden.
40. öffentlich-private Partnerschaften für die maritime Sicherheit fördern: Eintreten für den Aufbau robuster öffentlich-privater Partnerschaften zur Verbesserung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen Regierungen und privatwirtschaftlichen Akteuren, die an maritimen Infrastrukturen beteiligt sind. Entwicklung gemeinsamer Sicherheitsprotokolle und Investitionsstrategien, um Anreize für Privatunternehmen zu schaffen, modernste Sicherheitsmaßnahmen einzuführen, durch die alle Seiten profitieren und der Schutz kritischer Infrastrukturen verbessert wird.
41. regionale Notfall- und Sofortinstandsetzungs-Kapazitäten zu entwickeln: Förderung der Weiterentwicklung regionaler Notfallpläne und Sofortinstandsetzungskapazitäten für maritime Infrastrukturen. Einsatz spezieller Reparaturschiffe und koordinierter Reaktionsstrategien in allen Mitgliedstaaten der Ostseeparlamentarierkonferenz, um eine schnelle Instandsetzung der beschädigten Infrastrukturen zu gewährleisten und die Effektivität und Attraktivität hybrider Angriffe in der Grauzone zu verringern.

#### im Hinblick auf den Klimawandel

42. die HELCOM-Empfehlungen zum Klimawandel umzusetzen: Hervorhebung, wie dringend die Verbesserung der Klimaresilienz durch die fortgesetzte Umsetzung der Empfehlungen des HELCOM-Factsheets zum Klimawandel und der klimabezogenen Maßnahmen des Ostsee-Aktionsplans ist.
43. den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern: Förderung des Einsatzes von erneuerbaren Offshore-Energien und kohlenstofffreien Brennstoffen, wie z. B. erneuerbarem Wasserstoff – unter besonderer Rücksichtnahme auf die biologische Vielfalt des Meeres –, und Festlegung ehrgeiziger Ziele hinsichtlich der Stromerzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Energien, um die Energiewende voranzutreiben und zu den globalen Klimazielen beizutragen.
44. Küstenbewirtschaftungspläne zu entwickeln: Forderung nach dringender Umsetzung und Aktualisierung umfassender Küstenbewirtschaftungspläne, aufbauend auf den im vergangenen Jahr beobachteten wirksamen Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung von Küstenökosystemen. Unterstreichung, welche Bedeutung dem Schutz dieser Gebiete als Kohlenstoffsinken und Pufferzonen gegen den Anstieg des Meeresspiegels zukommt.

45. die bisherigen Handlungsaufforderungen umzusetzen: Konsequente weitere Umsetzung der weitreichenden Handlungsaufforderungen der Entschließung der 32. BSPC zum Klimawandel und zur biologischen Vielfalt.

Darüber hinaus beschließt die Konferenz,

46. das freundliche Angebot des Parlaments von Åland dankbar zu begrüßen, die 34. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 24. bis 26. August 2025 in Mariehamn auszurichten.